

/// Warum seriöse Medien für den Zusammenhalt der Gesellschaft unverzichtbar sind

ZWISCHEN FAKE NEWS UND HASS- BOTSCHAFTEN

PETER FAHRENHOLZ /// Nicht erst seit der Corona-Pandemie wächst in den Sozialen Medien ein Paralleluniversum an unseriöser Information und Meinungsbildung an und gefährdet so zunehmend den Zusammenhalt der Gesellschaft. Umso wichtiger sind seriöse Medien, die faktenbasiert und unabhängig arbeiten.

Auswirkungen von Corona auf die Medienwelt

Als Anfang 2020 die Corona-Pandemie auch in Deutschland zu den ersten Infektionen führte und wenige Wochen später in den ersten Lockdown mündete, gab es zwei völlig gegenläufige Tendenzen. Auf der einen Seite entstand ein ungeheures Informationsbedürfnis, das von den Medien in Deutschland mit einer gewaltigen Kraftanstrengung bewältigt wurde. Die öffentlich rechtlichen Fernsehsender haben über viele Wochen hinweg mit täglich

chen Sondersendungen über alle Aspekte der Pandemie und die Maßnahmen der Politik im Kampf gegen das Virus berichtet.

Durch die Corona-Pandemie
entstand ein großes **INFORMATIONSBEDÜRFNIS** der Bevölkerung dazu.



Quelle: iStock.com/Chimnapong

In der digitalen Welt nehmen die Sozialen Medien auch Einfluss auf Information und Meinungsbildung der User.

Auch in den Printmedien war Corona monatelang das beherrschende Thema. Die Berichterstattung wurde deutlich ausgebaut, die „Süddeutsche Zeitung“ etwa hat den Platz für die Wissenschaftsberichterstattung verdoppelt, in anderen Medien war es ähnlich. Es explodierte in der Zeit förmlich die noch relativ neue Spezies des Datenjournalismus. In aufwendigen interaktiven Grafiken wurden die Ergebnisse und Projektionen der Wissenschaftler so aufbereitet, dass sie auch der Laie verstehen konnte. Die aktuellen Zahlen über das Infektionsgeschehen auf der ganzen Welt konnten jederzeit nachgelesen werden. Von den Lesern wurden diese Anstrengungen auch honoriert. Bei der „Süddeutschen Zeitung“ stieg die Zahl der Digital-Abonnenten (der neuen wichtigen „Währung“ für viele Printme-

dien, deren gedruckte Auflage seit Jahren zurückgeht) sprunghaft an. Über kein Thema wurde so ausführlich und detailliert berichtet wie über Corona und die Folgen. Im Grunde konnte jeder, der mit einigermaßen offenen Augen durch die Welt geht, über alle wichtigen Fakten im Zusammenhang mit dieser Seuche Bescheid wissen.

Eine Renaissance also der klassischen Medien, die sich insbesondere seit der erbitterten Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik immer wieder als „Lügenpresse“ schmähen lassen mussten? Leider nicht ganz. Denn während auf der einen Seite alle Fakten zur Pandemie breit und transparent dargestellt wurden und auf enormes Leserinteresse stießen, entstand auf der anderen Seite eine Art Paralleluniversum, in dem Menschen unterwegs sind, die Erkennt-

nisse der Wissenschaft und die Berichterstattung darüber zu Lügen erklären. Stattdessen werden seit Beginn der Pandemie abstruse Verschwörungstheorien, die aus trüben Quellen im Internet stammen, verbreitet und finden bei einer Minderheit Anklang.

Wie groß diese Minderheit ist, ist schwer einzuschätzen. Aber zu den unerfreulichen Erkenntnissen vieler Menschen gehört, dass sie in ihrem persönlichen Umfeld immer wieder auf Freunde, Bekannte oder Arbeitskollegen stoßen, von denen sie nie gedacht hätten, dass sie Corona-Leugner oder Impfgegner sind. Die sogenannte Querdenker-Bewegung, die sich auf dieses Gebräu stützt, radikalisiert sich seither immer weiter. Trauriger Höhepunkt bis jetzt war der Mord an einem jungen Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein, der von einem Gegner der Corona-Maßnahmen, die nach wie vor von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden, erschossen wurde, nur, weil er den Kunden zum Tragen einer Maske aufforderte.

Es hat sich ein PARALLELUNIVERSUM von Querdenkern und Coronaleugnern entwickelt, welches sich vorwiegend im Internet informiert.

Wer sich als Journalist mit der schleppenden Impfkampagne befasst und dafür plädiert, den Druck auf die Impferweigerer zu erhöhen, wird mit kruden Mails überschüttet, aus denen

nicht selten blanker Hass spricht. Nur in den seltensten Fällen gelingt es, in einen Dialog mit dem Absender zu treten, bei dem Argumente ausgetauscht werden. Meist ist ein solcher Versuch völlig sinnlos.

Der Bundeswahlkampf und die Medien

Auch im zurückliegenden Bundestagswahlkampf war diese Zweiteilung zu beobachten. Es kursierte schnell die Lesart, dass es sich um einen besonders böartigen Wahlkampf gehandelt hat. Doch davon konnte, was den eigentlichen Wahlkampf und die Berichterstattung der Medien darüber anbelangt, keine Rede sein. Eher im Gegenteil. Die Spitzenkandidaten der Parteien gingen, von heftigeren Attacken, die in der Endphase eines Wahlkampfes üblich sind, abgesehen, ausgesprochen respektvoll miteinander um. Da hat es in früheren Zeiten ganz andere Wahlkämpfe gegeben, in denen Schmähungen und persönliche Verunglimpfungen des politischen Gegners an der Tagesordnung waren.

Auch die Berichterstattung in den Medien über den Wahlkampf und die politischen Positionen, die die einzelnen Parteien vertreten haben, war keineswegs einseitig oder unfair. Und es war auch nicht so, dass wichtige Themen in der Berichterstattung ausgeblendet worden wären.

In der Welt der Sozialen Medien sah das ganz anders aus. Hier wimmelte es geradezu von Fake News, die von obskuren Internetportalen in die Welt gesetzt wurden oder von Hassbotschaften, die sich via Twitter ausbreiteten. Nach einer Analyse der Organisation Hate-Aid, die Opfer von Hass im Netz berät und notfalls vor Gericht unterstützt, gab

es allein von Anfang August bis Anfang September gegen die Spitzenkandidaten von Union, SPD und Grünen insgesamt fast 40.000 Botschaften mit beleidigendem oder verletzendem Inhalt, sogenannte „hate speech“.

Auch gezielte Desinformationen hatten Hochkonjunktur. So wurde etwa dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder, wie der „Spiegel“ kürzlich berichtete, das frei erfundene Zitat zugeschrieben: „Eltern, die ihre Kinder ohne Impfschutz zur Schule schicken, sollten die Erziehungsberechtigung verlieren“. Der Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter hat angeblich ein Grillverbot nur für Deutsche gefordert, was ebenso eine Lüge war wie ein gefälschtes Zitat der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken, wonach es Zeit würde, dass die Deutschen Verzicht lernen. Markus Söder hat auf dem CSU-Parteitag kurz vor der Wahl die Hassbotschaften angesprochen, die ihn persönlich ständig erreichen.

In den Sozialen Medien sind inzwischen Erregungs- und Empörungblasen entstanden, deren Teilnehmer sich selbst genügen und in denen kein Diskurs mit Andersdenkenden mehr möglich ist. Wer in irgendeiner Weise öffentlich exponiert ist, muss damit rechnen, via Twitter geschmäht, verhöhnt, beleidigt oder bedroht zu werden – bis hin zu Morddrohungen. Vor allem Politiker

sind das Ziel der Attacken und insofern war es kein Wunder, dass die Hasswelle im Wahlkampf besonders hoch war. „Gefährden Twitter und Co. die Demokratie?“, fragte der „Spiegel“ wenige Tage vor der Wahl.

Dabei ist es meist nur ein sehr kleiner Teil von Aktivisten, der die Schmämmaschine am Laufen hält. Die Organisation HateAid hat das am Beispiel des Wuppertaler SPD-Politiker Helge Lindh nachgewiesen, der seit Jahren Opfer von Attacken aus dem Netz ist und im Juli 2021 nach der Hochwasserkatastrophe mehreren digitalen Angriffswellen aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum ausgesetzt war. Nach der Datenauswertung stammte die Hälfte der etwa 4.000 Tweets dieses Shitstorms von 283 besonders aktiven Accounts. Ohnehin wird die Breitenwirkung von Twitter gern überschätzt. Nach einer Onlinestudie von ARD und ZDF gibt es lediglich etwa 1,4 Millionen täglich aktive Twitternutzer. Der Einfluss von Twitter auf den gesellschaftlichen und medialen Diskurs beruht also nicht etwa auf einer besonders großen Gemeinde von Nutzern oder gar einem repräsentativen Abbild der Gesellschaft, sondern kommt dadurch zustande, dass viele Botschaften von reichweitenstarken Massenmedien aufgegriffen und damit überhaupt erst einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden.

Dafür sorgen starke Multiplikatoren – und zu denen gehören eben oft Politiker und die Medienschaffenden selbst. Was zählt, ist die schnelle Attacke oder Reaktion, denn was auf Twitter nicht schnell kommuniziert wird, wird nicht wahrgenommen. Die oft hysterische Erregung verglüht in der Regel rasch. Auf der Strecke bleiben wichtige Fragen. Stimmen die Fakten überhaupt, auf de-

In den Sozialen Medien finden gezielt Desinformation und Hass-attacken gegen ANDERSDENKENDE statt.

ren Basis man sich zu Wort meldet oder sind es bloße Behauptungen oder Vermutungen? Muss man seine eigene Position nicht nochmal in Ruhe überprüfen, ehe man damit an die Öffentlichkeit geht? „Ich habe den Eindruck, man haut alles raus, was einem im Moment einfällt“, sagt der CSU-Ehrenvorsitzende Theo Waigel über das Verhalten vieler aktiven Kollegen aus der Politik.

Was ist nötig?

Dabei gerät niemand ins mediale Abseits, der sich in den Sozialen Medien zurückhält oder sogar ganz darauf verzichtet. So wie der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck, der trotz vieler Follower sowohl bei Facebook als auch bei Twitter Anfang 2019 aufgehört hat, nachdem er sich mit seinen Äußerungen dort mehrmals in die Nesseln gesetzt hatte. Habeck vermisst seither nichts und braucht sich auch ohne diese Plattformen keinerlei Sorgen um seine Öffentlichkeitswirkung zu machen. Angela Merkel, daran hat der „Spiegel“ kürzlich noch einmal erinnert, hat sich gar nicht erst einen eigenen Account zugelegt, sondern überlässt das Getwittere ihrem Regierungssprecher Steffen Seibert.

Über mehr Zurückhaltung müssten auch die Medien selber nachdenken. Die US-Journalistin Bari Weiss, die im Streit von der „New York Times“ geschieden war, hat im Frühjahr 2021 in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ dafür plädiert, dass die Medien nicht jede Aufregung mitmachen und Journalisten deshalb Twitter verlassen sollten. Gewissermaßen, um selber erst gar nicht in Versuchung zu geraten. Dafür gäbe es gute Gründe, aber dennoch ist der Vorschlag eine Illusion. Denn so wie es nicht möglich ist, Zahnpasta in die Tube zurückzudrücken, lassen sich

die Diskussionen, die in den Sozialen Medien geführt werden, nicht einfach ignorieren. Viele gesellschaftliche Debatten wären ohne sie nicht möglich, zumindest nicht in dieser Wucht und Breite. Man denke nur an die Me-Too-Bewegung oder Fridays for Future. Aber nicht auf jede Debatte im Netz aufzuspringen und sie dadurch erst so richtig anzufachen, das müsste schon möglich sein. Man kann einen Shitstorm auch einfach mal vorüberziehen lassen, denn erfahrungsgemäß legt er sich meist nach kurzer Zeit von allein.

**Die Medien selber sollten im Netz
mehr ZURÜCKHALTUNG üben.**

Schon seit Längerem gibt es, vor allem in den USA, Bemühungen, Facebook und Co. straffere Zügel anzulegen, um die Hassbotschaften einzudämmen. Auf Einsicht und Selbstkontrolle sollte man dabei nicht allzu sehr hoffen. Das ist erst kürzlich durch die Enthüllungen einer Whistleblowerin deutlich geworden, die bei Facebook ausgestiegen ist. Sie haben gezeigt, dass der Konzern genau weiß, welchen Schaden er in der Gesellschaft anrichtet, aber nur sehr wenig dagegen unternimmt, um seine Profite nicht zu schmälern.

Umso wichtiger ist es, die Voraussetzungen zu stärken, unter denen seriöse, faktenbasierte Berichterstattung möglich ist. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie elementar eine solche ist, auch wenn man damit nicht alle erreicht.

Dazu gehört, dass sich Politik und Medien ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst sind und alles unterlassen, was die Spaltung der Gesellschaft weiter vertieft. Verschwörungstheoretikern aller Couleur muss man immer wieder Fakten entgegensetzen. Fakten, die von der Wissenschaft geliefert werden, von unabhängigen NGOs und auch von den Studien, die in den Stiftungen der politischen Parteien erarbeitet werden. „Seriose Medien“, sagt der CSU-Ehrenvorsitzende Theo Waigel, „sind für die Demokratie unverzichtbar“. In einer Zeit, in denen immer mehr Menschen bereit sind, abstrusen Verschwörungstheorien zu folgen, die von dubiosen Quellen im Netz verbreitet werden, sind sie vermutlich unverzichtbarer denn je. ///



/// PETER FAHRENHOLZ

ist Leitender Redakteur Politik der Süddeutschen Zeitung, München